Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

113. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50. Für Abholer monatlich M. 5.00, durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 5.85, vierteljährlich M. 17.50, durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50. Morgen-Ausgabe M. 4.50, Abend-Ausgabe M. 4.00, Sonntags-Ausgabe M. 5.00 monatlich (ausschließlich Postbestellgeld).
Einzelnummer: Morgen-Ausgabe 10 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für Stadt-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile 40 Pf., a. ausw. 50 Pf. Anzeigen v. Behörden im amtl. Teil die Kolonelzeile 80 Pf., a. ausw. 90 Pf. Teuerungszuschlag 25%; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 30 Pf., auswärts 40 Pf. Papiernotzuschlag: Ueber 200 Zeilen Umfang 30%, über 300 Zeilen 50%. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Rab. und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend zuzügl. Postgebühr. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7208. Geschäftsstelle und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 57 — Montag, den 3. Februar — 1919

Die sächsischen Nationalwahlen

Entspannung der Lage in Bremen

Ein Waffenstillstandsabkommen

Bremen, 2. Februar. (Drahtbericht.) Zwischen der Division Gerstenberg und der Regierung von Bremen ist bis Sonntag nachts 12 Uhr Waffenstillstand geschlossen. Inzwischen werden mit Berlin Verhandlungen gepflogen.

Gemäß der am 2. Februar 3 Uhr morgens erzielten Vereinbarung sind die Volksbeauftragten Bremens bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bremens ist bereit, an den Korpssoldatenrat des 9. Armeekorps alle Waffen und Munition abzuliefern. Der Soldatenrat Cuxhavens sowie der Korpssoldatenrat des 9. Armeekorps verbürgen sich für die Durchführung der Entwaffnung und für die Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen. Die Mehrheitssozialisten Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg, da deren Aufgabe erfüllt ist. Die Division Gerstenberg erklärt, im Laufe des 2. Februar in die Stadt Bremen und in Hemelingen nicht einzumarschieren, falls kein Truppenzug von außen nach Bremen erfolgt. Der Stadtkommandant von Bremen wird eine Kontrolle beigeordnet, die die Verbindung mit der Division Gerstenberg aufrecht erhält. Lampl vom Zentralrat und Leutnant von Prittelwitz, letzterer als Vertreter der Division Gerstenberg, überbringen dieses Abkommen der Reichsregierung.

Keine Hilfe aus Hamburg

Hamburg, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die gestern von der kleinen radikalen Zufallsmehrheit des Arbeiterrates beschlossene sofortige Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft ist bis zur Stunde noch nicht durchgeführt worden. Sie dürfte auch nicht viel Aussicht auf Verwirklichung haben, da die gewaltige Mehrheit der Arbeiterschaft jede Gewalttätigkeit verabscheut und gegen die Bewaffnung ist. In den Arbeitervierteln herrscht vollkommene Ruhe. Aus der angedrohten Mobilmachung des 9. Armeekorps kann schon deshalb nichts werden, weil die Truppen nicht daran denken, sich nach Bremen gegen die Regierungsdivision schicken zu lassen. Das bewiesen auch die Vorgänge in Itzehoe und Bahrenfeld bei Altona bei den Feldartillerieregimentern Nr. 9 und Nr. 20, wo die Soldatenräte abgesetzt worden sind, als sie versuchten, die Mannschaften zu überreden, sich nach Bremen senden zu lassen.

Scheidemann für die Beseitigung der A.- und S.-Räte

× **Berlin, 2. Februar.** (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Volksbeauftragte Scheidemann hat sich heute gegenüber einem Preßvertreter geäußert: Die Nationalversammlung, die am 6. Februar in Weimar zusammentreten wird, ist nach dem freiesten Wahlrecht, das überhaupt existiert, zusammengesetzt. Dadurch ist sie für jeden Demokraten zum unverfälschten Ausdruck der Volksmeinung geworden, die unbedingt respektiert werden muß. Keiner Partei in Deutschland ist es bis jetzt eingefallen, diesen Ausdruck des Volkswillens zu bemängeln, außer den Unabhängigen, die den Versuch machen, auf dem Wege über die A.- und S.-Räte die Nationalversammlung von vornherein zu diskreditieren. Ihre Leute sagen es, die am Freitag in Berlin die A.- und S.-Räte Großberlins gegen die Nationalversammlung scharf machten. Wir haben in den sozialistischen Organisationen, in den Gewerkschaften, seit langen Jahrzehnten die bewährten Vertreter der Arbeiterschaft, und sie üben längst alle die Funktionen aus, die den Arbeiterräten zufallen konnten. Die Soldatenräte, wie sie am 9. November infolge des militärischen Zusammenbruches entstanden, vielleicht sogar notwendig wurden und in der ersten Zeit der Revolution auch mancherlei Anerkennenswertes geleistet haben, sind aber schon heute in Deutschland nahezu gegenstandslos. Unsere Armee ist bis auf einen geringen Bruchteil demobilisiert, die Soldaten sind wieder zu Bürgern geworden und können als Staatsbürger wie alle anderen ihre politischen Rechte vertreten. Was sich heute noch Soldatenrat nennt, hat vielfach keinerlei Formationen mehr hinter sich, die er vertreten kann. So z. B. haben wir einen Zentralrat der Ostfront, aber die Ostfront existiert nicht mehr. Wir haben eine große Anzahl von Räten in Berlin, aber wo sind die Truppen, die sie vertreten? Dieser Zustand kann unmöglich andauern. Wenn sich die Nationalversammlung über den Charakter des neu zu schaffenden Volksheeres schlüssig gemacht hat, werden in diesem Volksheere Einrichtungen vorgesehen sein, die den Soldaten die Rechte geben, auf die sie als Bürger eines deutschen Freistaates Anspruch erheben können. Die alten Soldatenräte, Ueberbleibsel des verschwundenen Heeres, sind vollkommen überflüssig geworden. Ihre Beseitigung wird auch schon aus wirtschaftlichen Gründen zur dringenden Notwendigkeit. Diese angebliche „Errungenschaft" der Revolution, das Rätesystem, kostet jeden Tag viele Hunderttausende. Jeder der zahllosen Räte, gleichviel, ob es sich um einen Arbeiter- oder einen Soldatenrat handelt, bezieht recht hohe Tagegelder. Allein der Rätekongreß am 12. Januar hat ½ Million Mark gekostet, und das in einer Zeit, wo Deutschland jeden Pfennig achten muß, den es ausgibt. Wir wollen den Mitgliedern der A.- und S.-Räte, die aus ehrlichster Ueberzeugung nach besten Kräften bemüht gewesen sind, den Interessen der Revolution zu dienen, nicht nahetreten, aber gerade sie werden zugeben müssen, daß doch sehr viele fragwürdige Gestalten in den A.- und S.-Räten aufgetaucht sind, von denen kein Mensch gewußt hat, von wannen sie gekommen sind und wo sie ihre Tele'n grauen Unfug zu verüben, erworben haben. Es muß ganz offen ausgesprochen werden, daß vielerorts die A.- und S.-Räte eine geradezu gemeingefährliche Wirksamkeit entfaltet haben. Darüber können alle Reichsämter, nicht zuletzt das Reichsernährungsamt, mit Beispielen aufwarten. In einer revolutionären Uebergangszeit können die A.- und S.-Räte mancherlei Nützliches leisten. Nach dieser Uebergangszeit, die für uns mit dem Zusammentreten der Nationalversammlung als beendet angesehen werden kann, werden die Arbeiter- und Soldatenräte zu Bremsvorrichtungen und kostspieligen Hindernissen in der öffentlichen Verwaltung. Wir sehen in der Nationalversammlung, die ihren Zusammentritt und ihre Zusammensetzung der Revolution verdankt, das einzige Mittel, um ein neues Deutschland aufzubauen. Die Reaktionäre sind in lächerlich kleiner Zahl in sie eingezogen. Die Sozialdemokratie hat eine gewaltige Zahl erreicht wie nie vorher. Gegen uns und unsere sozialistische Ueberzeugung kann kein Entschluß gefaßt werden, das heißt, daß das neue Deutschland in völliger Abkehr von allen militärischen und imperialistischen Zielen aufgebaut werden wird. Wir werden den alten Militarismus der großen stehenden Heere ebenso ablehnen, wie den neuen der Soldatenräte als politische Instanzen. Der Bolschewismus hat uns gelehrt, daß in dem ausdrücklichen Belonen des Soldatenelementes die Gefahr eines neuen Imperialismus steckt, der zu den kriegerischen Verwicklungen führen muß, mit denen die Sowjetrepublik jetzt unseren Osten bedroht. Die wahre Demokratie fragt nicht nach dem Rock, den jemand trägt, und lehnt daher die Diktatur und Bevorrechtigung irgendeiner Klasse entschieden ab. Wir Sozialisten stehen und fallen mit der von uns sofort nach dem 9. November geforderten Nationalversammlung, der die Regierung ihre Mandate zur Verfügung stellen wird, und die die allein berechtigte Vertretung des deutschen Volkes sein muß.

Der Münchner Arbeiterrat droht mit Gewalt

München, 2. Februar. (Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung des Münchener Arbeiterrates wurde laut „Abendzeitung" mit voller Bestimmtheit angekündigt, daß, wenn die Räte beseitigt würden, eine zweite gewaltsame Revolution unvermeidlich sei. Der Arbeiterrat Reuter erklärte, wenn die Räte an die Wand gedrückt würden, werde die Politik der Straße zu ihrem Rechte kommen und der Generalstreik erklärt werden. Minister Unterleitner erklärte, nur durch intensive politische Arbeit könnten wir zu einem Neubau gelangen. Die Räte sollten aber da die gesunde Grundlage bilden, die ganze Regierungsgewalt komme ihnen nicht zu.

Ankunft von Regierungstruppen in Weimar

Weimar, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Während im Laufe der letzten Tage bereits starke Truppen Infanterie hier eingetroffen und in Weimar und Umgegend untergebracht worden sind, rückten heute starke Abteilungen Artillerie hier ein. Die Einreise nach Weimar ist seit gestern unter sehr scharfe Kontrolle gestellt und außerordentlich erschwert. Ebenso ist durch einen starken Truppenkordon die Stadt in weitem Umkreise abgeschlossen und ebenfalls nur gegen behördlichen Paßausweis erreichbar.

Eisenach, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Gegen die Regierung Ebert-Scheidemann richtet sich ein Beschluß der gestern hier zusammengetretenen Soldatenräte des 11. und 15. Armeekorps, in dem mit 62 gegen 52 Stimmen beschlossen wurde, einen Schutz der Nationalversammlung in Weimar und somit eine Unterstützung der jetzigen Regierung durch die den genannten Armeekorps angehörigen Truppen nicht zu gewähren. Gleichzeitig sprach man sich gegen die Heranziehung von Gardetruppen nach Weimar aus. Die Uebermittelung des Beschlusses an den Oberbefehlshaber Noske in Berlin verhinderten die Unabhängigen durch Besetzung des Telegraphenamtes, das nunmehr unter ihrer Kontrolle steht. (Es handelt sich offenbar um den bereits in unserer Sonntagmorgenausgabe erwähnten spartakistischen Putsch gegen das Chemnitzer Postamt. Die Schriftltg.)

* * *

Weimar, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Ausschuß der Bürgerschaft hat folgende Entschließung an den Volksbeauftragten Ebert nach Berlin drahtlich übermittelt: Der versammelte Ausschuß der Bürgerschaft Weimars erhofft unbedingte Durchführung der Verordnung vom 10. Januar über Wiederherstellung der Kommandogewalt in der Armee, Reichseinheit, Grenzschutz, innere Ordnung, und fordert gebieterisch ein neues Heer voll Zucht und Schlagfertigkeit.

Eine neue Spartakusaktion?

× **Berlin, 2. Februar.** (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Es mehren sich die Anzeichen, daß die Spartakusleute eine neue Aktion planen. Wie die „Voss. Ztg." meldet, steht an der Spitze der neuen Bewegung der bisherige Kultusminister Adolf Hoffmann. Er soll kürzlich eine geheime Sitzung geleitet haben, die sich mit der Tagesordnung befaßte: Unbedingte Aufrechterhaltung des Rätesystems. Bekannte Führer der Spartakusbewegung sollen nach Braunschweig und Wilhelmshaven geschickt werden, um die Anhänger zu organisieren und nach Berlin zu bringen. Heute sollen die entscheidenden Beschlüsse gefaßt werden. Als Auftakttag der neuen kommunistischen und bolschewistischen Aktion wird der 6. Februar bezeichnet. Es wird ferner behauptet, daß die Kommunisten in Berlin über gewaltige Waffenlager verfügen.

Finanzchaos in Düsseldorf

Düsseldorf, 2. Februar. (Drahtbericht.) Die Stadtverwaltung richtete einen öffentlichen Aufruf an die Bürgerschaft, in dem über die städtische Finanzlage ausgeführt wird: Die Gesamteinnahmen der Stadt betrugen im Jahre 1918 rund 20 Millionen Mark, denen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüberstanden. Im Jahre 1919 werden die Einnahmen aus naheliegenden Gründen erheblich zurückgehen. Die Erhöhung der laufenden Ausgaben wird ein Mehrbedürfnis von etwa 30 Millionen ergeben. Der A.- und S.-Rat hat bisher vereinnahmt vom Garnisonkommando rund 1½ Millionen, durch Abhebung aus der Stadtkasse rund 650 000 M. Hierüber fehlen bisher Nachweise und Abrechnungen. Wie in Zukunft die Mittel für die Verwaltung beschafft werden sollen, ist ganz ungewiß, da die Reichsbank die Herausgabe weiterer Mittel abgelehnt hat. Bei den heimischen Banken hat die Verwaltung Kredite in Höhe von 3040 Millionen Mark in Anspruch genommen. Diese Kredite sind in kurzem fällig. Ob auf eine Verlängerung zu rechnen ist, ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen sehr fraglich. Wie eine Rückzahlung erfolgen soll, ist ganz unklar. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die gegenwärtige Verwaltung die Einziehung der größeren Vermögen und die Erhebung von Steuern im Betrage des Vielfachen der bisherigen Steuern. Hierzu fehlen jedoch gesetzliche Grundlagen. Wir dürfen daher der Bürgerschaft die Mitteilung nicht vorenthalten, daß die Finanzwirtschaft unserer früheren schönen Gemeinde vor dem Zusammenbruch steht. Retten können uns nur Ordnung und Arbeit.

Der Gesamteindruck aus Sachsen

Nach den Meldungen, die uns in später Nachtstunde aus allen Teilen Sachsens zugegangen sind, scheint der Wahltag überall ruhig verlaufen zu sein. Nur in Oschatz konnte nach einer Mitteilung nicht gewählt werden; eine Ulanenschwadron soll, weil sie nicht mitwählen durfte, die Wahlurnen weggenommen haben. Sichere Nachrichten darüber fehlen noch und wir geben deshalb die Meldung nur mit Vorbehalt wieder. Es ist uns gelungen, eine große Zahl von Teilergebnissen telephonisch und telegraphisch heranzubekommen. Nach ihnen zu urteilen, scheint sich die Wahlbeteiligung in demselben Prozentsatz wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung zu bewegen. Hier und da sind wohl kleine Verschiebungen zu verzeichnen. Nach dem ersten Eindruck, der natürlich noch nicht endgültig sein kann, haben die Mehrheitssozialisten zugunsten der Unabhängigen an Stimmen eingebüßt, während sich die Deutsch-Demokraten gut behauptet, zum Teil auch noch gewonnen haben. Allerdings wird man erst im Laufe des heutigen Tages klar sehen können.

Das Ergebnis von Leipzig

id. Für die Stadt Leipzig liegt das Ergebnis aus sämtlichen 234 Wahlbezirken vor. Es bleibt hinsichtlich der Wahlbeteiligung hinter dem Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung zurück. Während bei dieser 338 977 gültige Stimmen abgegeben wurden, waren es gestern nur 292 917, also rund 46 000 weniger. Die Wahlbeteiligung sank daher von etwa 77 Prozent auf 67 Prozent, war also ziemlich lau. Dagegen wurden rund 15 000 Stimmen mehr abgegeben als bei den Stadtverordnetenwahlen, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß der Kreis der Wähler durch das Hinzukommen der Deutsch-Oesterreicher und der Soldaten ein erweiterter war. Das Stärkeverhältnis der Parteien hat sich im ganzen wenig geändert. Wie bei den Stadtverordnetenwahlen, so haben auch gestern wieder die Mehrheitssozialisten eingebüßt (wenn auch nicht in dem gleichen Maße), und bei den bürgerlichen Parteien und den Unabhängigen ist ein kleiner Gewinn zu verzeichnen. Nachfolgend stellen wir die Ergebnisse der Wahlen zur Volkskammer und zur Nationalversammlung gegenüber. Es erhielten:

	Wahl z. Volkskammer Stimmen	v. Hdr.	Wahl z. Nationalversf. Stimmen	v. Hdr.
Deutsche Demokratische Partei	96 004	32.8	109 109	32.2
Deutschnationale Volkspartei	26 033	8,9	24 309	7,2
Zentrum	2 085	0,7	2 536	0,7
Mehrheitssozialisten	37 872	12,9	57 969	17,1
Unabhängige	130 883	44,7	145 063	42,8

Ohne das genaue Gesamtergebnis der übrigen Städte und Ortschaften des Wahlkreises zu kennen, läßt sich schwer über die Verteilung der Mandate Sicheres sagen. Als wahrscheinlich ist anzunehmen, daß die Unabhängigen 9 und die Demokraten 7 Sitze erhalten werden. Von den letzteren würden also als gewählt zu betrachten sein: Staatsminister Rißschke-Leutzsch, Lehrer Claus-Leipzig, Fabrikbesitzer Beda-Wurzen, Direktor Jochen-Roßwein, Professor Dr. Barge-Leipzig, Verleger Dr. Reinhold-Leipzig und Dr. Menke-Glückert-Eilenburg. Auf die Deutschnationalen dürften 3 und auf die Mehrheitssozialisten 5 Sitze entfallen. Doch muß, wie gesagt, noch das Gesamtergebnis abgewartet werden. Schließlich sei noch erwähnt, daß im Bezirk W 35, „Sächsischer Hof" in L.-Plagwitz, eine große Anzahl Stimmzettel (etwa 380) für ungültig erklärt worden, weil sie nicht die vorgeschriebene Größe von 9 × 12 cm, sondern eine solche von 5 × 12 cm hatten. Es handelt sich mutmaßlich um Stimmen, die auf die Liste Liebknecht lauteten. Auf das Wahlergebnis hat der Vorgang, der immerhin zur Warnung dienen muß, keinerlei Einfluß.

Wir lassen nunmehr die weiteren Ergebnisse des Leipziger Wahlkreises folgen:

Wahlkreis Leipzig

Umgebung von Leipzig.

Leutzsch: Demokr. 1538, Deutschnat. 271, Christl. Vpt. 9, Mehrheitssoz. 451, Unabh. 4062.

Markkleeberg und Oetzsch: Demokr. 906, Deutschnat. 579, Christl. Vpt. 4, Mehrheitssoz. 554, Unabh. 1307.

Dannsdorf: Demokr. 354, Deutschnat. 33, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 210, Unabh. 1984.

Lützschena: Demokr. 163, Deutschnat. 32, Christl. Vpt. 1, Mehrheitssoz. 14, Unabh. 282. (Wahlbeteiligung 90 Prozent.)

Quasnitz: Demokr. 88, Deutschnat. 55, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 42, Unabh. 240. (Wahlbeteiligung 74 Prozent.)

Hänichen: Demokr. 32, Deutschnat. 55, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 12, Unabh. 365.

Rückmarsdorf: Demokr. 109, Deutschnat. 38, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 19, Unabh. 168.

Jöbigker: Demokr. 111, Deutschnat. 54, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 15, Unabh. 290.

Gaschwitz: Demokr. 237, Deutschnat. 13, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 54, Unabh. 176.

Großstädteln: Demokr. 103, Deutschnat. 16, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 41, Unabh. 186.

Probstheuden: Demokr. 250, Deutschnat. 38, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 0, Unabh. 154.

Aus den übrigen Bezirken.

Borna (Stadt): Demokr. 1750, Deutschnat. 674, Christl. Vpt. 21, Mehrheitssoz. 648, Unabh. 1348.

Frohburg: Demokr. 384, Deutschnat. 181, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 428, Unabh. 599.

Regis: Demokr. 203, Deutschnat. 77, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 95, Unabh. 357.

Pegau: Demokr. 938, Deutschnat. 243, Christl. Vpt. 0, Mehrheitssoz. 203, Unabh. 1492.

Crostitz: Demokr. 1241, Deutschnat. 1097, Christl. Vpt. 12, Mehrheitssoz. 1210, Unabh. 2027.

Wurzen: Demokr. 2697, Deutschnat. 1093, Christl. Vpt. 31, Mehrheitssoz. 3344, Unabh. 4192.